Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 15 (1940)

Heft: 2

Artikel: Die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt Zürich

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-101254

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sen, die Volksgasmaske dazu zu benützen, um unter Eindringen in den gas- oder dampfüberfüllten Raum Bergungs- und Rettungsversuche an Personen zu unternehmen, die, irgendeines Gasschutzes entbehrend, einem der erwähnten Gase bereits zum Opfer gefallen sind und bewußtlos oder tot in dem vergifteten Raume liegen. Jeder solche mit untauglichen Mitteln unternommene Versuch hätte nicht nur die höchste Gefährdung der freilich wohlwollenden Helfer zur Folge, sondern würde auch die Hilfeleistung verunmöglichen.

Der Schweizerische Luftschutzverband rät daher der Bevölkerung dringend an, die Gasmaske, mit Ausnahme der notwendigen Übungen, nur für den Ernstfall bereitzuhalten, wo sie einen wirksamen Schutz gegen alle als Atemgifte in Frage kommenden Kampfstoffe bildet. Dafür bietet die Pflichterfüllung der mit dem passiven Luftschutz betrauten Behörden alle Gewähr, und es bedarf zur Prüfung der Masken keiner auf Unkenntnis beruhenden Experimente des Publikums.

DIE WIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG DER STADT ZÜRICH

Die augenfälligste Erscheinung in der Entwicklung Zürichs während der letzten Jahrzehnte ist zweifellos das anhaltende starke Wachstum der Stadt und ihrer Bevölkerung gewesen. Zweimal innert rund 40 Jahren das erstemal im Jahre 1893 und das zweitemal im Jahre 1934, hat die Stadt durch die Eingemeindung von Vororten ihre politischen Grenzen durchbrochen und sich dadurch neue Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen. Zählte im Jahre 1888 die Bevölkerung des damaligen Zürich rund 27 600 Einwohner, so umfaßt die heutige Stadt rund 337 000 Einwohner. Auch wenn man zum Vergleich auf das heutige Stadtgebiet abstellt, ergibt sich seit 1888 eine Zunahme der Bevölkerung von 103 900 auf rund 337 000, als innert rund 50 Jahren mehr als eine Verdreifachung. Annähernd 8 Prozent der schweizerischen Bevölkerung leben heute in der Stadt Zürich, der weitaus größten Schweizerstadt.

Schon diese starke Ausdehnung der Stadt läßt erkennen, daß in ihr ein intensives wirtschaftliches Leben pulsieren muß. Dafür zeugen vor allem die eigentlichen Repräsentanten des Wirtschaftslebens, die in der Stadt ansässigen Firmen. Von dem gesamten schweizerischen Firmenbestand von 100 359 Firmen zu Ende 1938 hatten rund 9200, das sind 9,2 Prozent, ihren Stand in Zürich. Bezeichnend ist die Tatsache, daß von den gesamten in schweizerischen Gesellschaften investierten Aktienkapitalien von 7312 Millionen Franken insgesamt 1268 Millionen Franken (= 17,3 Prozent) in den in Zürich eingetragenen Aktienunternehmen arbeiteten. Von diesen zürcherischen Aktienkapitalien von 1¼ Milliarden Franken entfielen mehr als drei Viertel, nämlich 914 Millionen Franken, auf Finanzierungs- und Beteiligungsunternehmen, Banken und Versicherungsgesellschaften; 163 Millionen Franken beanspruchten Industrie und Gewerbe und 124 Millionen Franken der eigentliche Handel.

Diese Ziffern, die natürlich nur einen sehr unvollständigen Einblick in die stadtzürcherische Wirtschaft zu gewähren vermögen, zeigen, wie außerordentlich stark kapitalmäßig Finanz- und Versicherungswesen in der zürcherischen Wirtschaft hervortreten.

Zürich ist zwar nicht *das* Zentrum des schweizerischen *Bankwesens,* es steht aber unter den drei schweizerischen Hauptbankplätzen weitaus an erster Stelle. Den besten Gradmesser ergeben vielleicht die jährlichen Giro-Umsätze der Schweizerischen Nationalbank, an deren Gesamtbetrag von 41 Milliarden Franken im Jahre 1938 Zürich allein mit 25 Milliarden Franken oder rund fünf Achtel beteiligt war. Auch die Zürcher Effektenbörse, die im Jahre 1938 Umsätze von 3,43 Milliarden Franken, im Jahre 1928 sogar von über 10 Milliarden Franken verzeichnete, hat gegenüber den beiden andern Hauptbörsen Basel und Genf einen beträchtlichen Vorsprung, wenn auch keine vergleichbaren Zahlen vorliegen. Der Einfluß des Bankplatzes Zürich auf den schweizerischen Geld- und Kapitalmarkt tritt nicht nur dadurch nach außen sichtbar in Erscheinung, daß der Sitz des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank und besonders auch deren Geschäftsdepartement für Devisen- und Diskontoverkehr ihren Standort in Zürich haben, sondern auch dadurch, daß vier von den sieben schweizerischen Großbanken die Stadt als ihren geschäftlichen Sitz gewählt haben, während auch die andern drei Großinstitute durch Niederlassungen vertreten sind.

Als im Jahre 1931 die beiden Zentralinstitute des schweizerischen Pfandbriefwesens ins Leben gerufen wurden, haben auch sie sich in Zürich niedergelassen. Es mag in diesem Zusammenhang interessieren, daß die Zürcher Kantonalbank, neben ihrem Anteil am Handelsbankgeschäft, als einzelnes Institut Ende 1938 mit 1039 Millionen Franken allein ein Neuntel der gesamten schweizerischen von Banken gewährten Hypothekarkredite (inkl. feste Vorschüsse und Darlehen gegen hypothekarische Sicherheit) bestritten hat.

Die zahlreichen in Zürich ansässigen Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften stellen vor allem die Verbindung mit dem internationalen Kapitalmarkt her. Der Beitrag, den die zürcherische und auch die schweizerische Finanz für die Erschließung industriell weniger entwickelter Staaten geleistet hat, ist aber bekanntlich leider mit Enttäuschungen verbunden gewesen, so daß in den letzten Jahren die Entwicklung auf diesem Gebiete im Sinne einer Einschränkung verlaufen ist.

Unbestrittenes Zentrum ist Zürich im schweizerischen *Versicherungswesen;* in der Rückversicherung hat es sogar Weltgeltung erlangt. Ist im Jahre 1937 von der gesamten schweizerischen Versicherung die imposante Summe von 1135 Millionen Franken an Prämien vereinnahmt worden, so sind davon rund zwei Drittel, nämlich annähernd ¾ Milliarden Franken, allein den zürcherischen Unternehmen zugeflossen. Fast zur Hälfte war an diesem Betrag die sozusagen restlos in Zürich konzentrierte Rückversicherung beteiligt. Die Leistung dieses Versicherungszweiges erscheint noch größer, wenn man feststellt, daß diese Einnahme zum weitaus überwiegenden Teil im Ausland erzielt worden ist. (Schluß folgt.)

(Aus dem Dezemberbulletin der Zürcher Kantonalbank.)

HEIZUNGSFRAGEN

Verhandlungen der Delegiertenversammlung der Sektion Zürich des Schweiz. Verbandes für Wohnungswesen vom 20. Januar 1940

Die Versammlung begann um 15 Uhr unter dem Vorsitz von Herrn *K. Straub,* Zürich, im Limmathaus, Zürich 5. Auf Verlesen des Protokolls der letzten Delegiertenversammlung vom 8. Dezember 1938 wurde verzichtet, da das dort gehaltene Referat von Herrn *Dr. Bickel* über «Bevölkerungsentwicklung und Wohnungsfrage» seinerzeit ausführlich im «Wohnen» erschien und an jener Versammlung sonst keine Beschlüsse gefaßt wurden.

Die *Referate* an der heutigen Versammlung betreffend *«Heizungs- und Brennstoff-Fragen»* waren von den Herren *Prof. Dr. Schlaepfer,* Direktor der Eidg. Materialprüfungs- und Versuchsanstalt, und *Dr. Stadler,* Vorsteher der Abteilung Feuerungs- und Wärmetechnik an der Eidg. Materialprüfungs- und Versuchsanstalt in Zürich, übernommen worden.

Die Ausführungen von Herrn *Prof. Dr. Schlaepfer* befaßten sich speziell mit der Frage, ob wir in der jetzigen Weltkrise unser Land mit den nötigen Brennstoffen genügend versorgen könnten oder nicht, indem er vorerst die Verhältnisse zur Zeit des letzten Krieges schilderte und zeigte, wie bereits 1915 die Schwierigkeiten mit der Einfuhr von Brennstoffen begannen, die Einfuhr auch weiterhin immer erheblich unter dem normalen Jahresbedarf zurückblieb trotz einer Verdreifachung der Preise und trotz Bezügen aus England und den Vereinigten Staaten zu noch erheblich höhern Preisen als in Deutschland und Belgien, die bis zu Kriegsbeginn 1914 zu 99,2 Prozent unsere Hauptlieferanten waren. Auch die Förderung der Brennstoffproduktion, der Torfausbeute usw. im eigenen Lande vermochte hieran nichts zu ändern. Sie war zudem noch mit Verlusten für Bund und Private verbunden. Die Frage, ob man nun aus jenen Erfahrungen die nötigen Lehren für die heutige Zeit gezogen habe, bejahte der Referent, soweit es sich um behördliche Maßnahmen handle, denn die Bundesbehörden hätten schon 1938 die nötigen Maßnahmen ergriffen zur Schaffung einer Kriegswirtschaft, so daß man nicht ganz unvorbereitet in die heutigen Verhältnisse hineingekommen sei. Aber man habe nicht geglaubt, daß ein Krieg neuerdings ausbrechen würde. Das habe dazu geführt, daß nicht überall die Vorräte in außergewöhnlich starkem Umfange angelegt worden seien. Immerhin seien wir mit Brennstoffvorräten in den Krieg eingetreten, wie sie früher nie da waren. Die Rationierung sei aber trotzdem nötig gewesen, weil der Krieg eine vollständige Umstellung des Transportproblems gebracht habe. Bis zum Ausbruch des jetzigen Krieges sei der Rhein für uns die Hauptzufahrtsstraße für Brennstoffe gewesen. Mit dem Ausbruch des Krieges sei diese Zufuhr unterbrochen worden, was zu einer Umstellung auf Bahntransporte und speziell für die Zufuhr von flüssigen Brennstoffen Schwierigkeiten gebracht habe. Diese Krise sei nun bis zu einem gewissen Grade überwunden, da der Krieg unserer beiden kriegführenden Nachbarn bis jetzt ein Krieg ohne kriegerische Handlungen gewesen sei und deshalb wieder eine Anzahl Transportmittel frei gemacht habe. Niemand wisse aber, wann in der Kohlenzufuhr aus Deutschland, das immer noch unser Hauptlieferant sei, ein Unterbruch komme. Betreffend die behördlichen Maßnahmen zur zentralen Erfassung der Brennstoffeinfuhr verwies der Referent auf den Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung im «Bundesblatt» vom 22. November 1939, die Schaffung der Syndikate «Carbo» für die Einfuhr von Kohlen und «Petrola» für die Einfuhr von flüssigem Brennstoff, die völlig unter der Aufsicht des Bundes stehen. Ferner wies der Referent darauf hin, daß die Umleitung des Brennstoffbezuges aus andern als den bisherigen Ländern früh an die Hand genommen worden sei, zudem gehe das letzte Abkommen mit Deutschland dahin, daß Deutschland Brennstoffe einführen könne, die nur wenig vom «Clearing» betroffen werden. Die Aussichten für die Belieferung unseres Landes mit Brennstoffen seien also günstiger als im letzten Kriege, sofern das Transportproblem keinen Strich durch die Rechnung mache. Betreffend die Brennstoffverteilung im Inlande teilte der Referent mit, daß im Gegensatz zur Zeit von 1914 und den folgenden Jahren Holz als Brennstoff nicht mehr in die Gaswerke und die Industrie gelangen solle, sondern für den Hausbrand bestimmt sei. Heute habe man auch Feuerungsanlagen, welche die sinngemäße Verwendung von Holz ermöglichen. Den Gaswerken müsse eine richtige Kohle zur Erzeugung von Koks zugeführt werden, der nötig sei für die Industrie und den Hausbrand. Die Preissteigerung der Brennstoffe, die voraussichtlich noch nicht am Ende angelangt sei, verlange eine möglichst zweckmäßige und sparsame Ausnützung der Brennstoffe. Die Wärmeverbraucher sollten diese nicht verschwenden. Eine Erhöhung der Wärmetemperatur von 18 Grad Celsius auf 20 Grad Celsius führe zu einer Mehrinanspruchnahme der Brennstoffe um über 15 Prozent. Bei einer Umstellung der Warmwassererzeugung auf Elektrizität müsse man sich Rechenschaft geben über die Anlagekosten und die Strompreise auf eine längere Zeit festlegen. Bei Neuanlagen müsse man darauf achten, daß sie nicht zu klein dimensioniert und daher bald überlastet werden. Auch solle man die Isolationen aus falscher Sparsamkeit nicht aus zu billigem Material herstellen lassen. Das aufschlußreiche Referat wurde mit starkem Beifall verdankt.

Herr *Dr. Stadler* behandelte sodann die Heizungs- und Brennstoff-Frage hauptsächlich in ihrer Auswirkung im Einzelfalle unter Vorführung einer Anzahl diesbezüglicher Lichtbilder. Einleitend definierte er den *Begriff Brennstoff* als Stoffe, die in genügender Menge zu einem annehmbaren Preise zur Verfügung stehen und die bei der Verbrennung mit dem Sauerstoff der Luft möglichst viel Wärme entwickeln. Dann kam er auf die verschiedenen *Arten* der Brennstoffe und deren *Zusammensetzung* zu sprechen, wobei er besonders auf die Bedeutung der flüchtigen Bestandteile und das verschiedene Verhalten der Kohlen (Backkohlen, Sinterkohlen) im Feuer